Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 03.06.2024 **Drucksache** 19/**2479**

Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 04.06. bis 06.06.2024
– Auszug aus Drucksache 19/2479 –

Frage Nummer 9
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Andreas Winhart** (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hoch schätzt das LKA bzw. das Landesamt für Verfassungsschutz das Gewaltpotenzial der links-autonomen Szene (Antifa, „gegen Rechts“, Hausbesetzer) in Raum Rosenheim ein, wie viele Anzeigen erfasste die bayerische Polizei bezüglich Straftaten der links-autonomen Szene im Raum Rosenheim seit dem 01.01.2023 (bitte nach Monat und Straftat auflisten) und wird der Vorsitzende der Jungsozialisten Rosenheim-Land, [redacted], aufgrund seiner Nähe zur linksextremen Szene in Rosenheim vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Die Rechercheergebnisse des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Die Auswertungen wurden mit dem finalisierten Datenbankstand des Tatjahres 2023 durchgeführt. Ferner wurde der Datenbestand des I. Quartals 2024 herangezogen. Hierbei weisen wir darauf hin, dass die endgültigen Fallzahlen für 2024 erst nach dem bundesweit einheitlichen Meldeschluss zum 31.01.2025 feststehen. Im laufenden Tatjahr können regelmäßig Änderungen auftreten, weshalb die ausgewiesenen Fallzahlen als vorläufig und noch nicht valide zu betrachten sind.

Für die Beantwortung der Fragen wurde der Phänomenbereich „Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) – links“ als Recherchеparameter herangezogen. Ferner erfolgte eine Eingrenzung auf „extremistisch“ bewertete Delikte und den Landkreis sowie das Stadtgebiet Rosenheim.

Die Rechercheergebnisse können den Anlagen 1[1] und 2[2] entnommen werden.

Das Personenpotenzial im Bereich der gewaltbereiten Linksextremisten liegt nach Erkenntnissen des Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) im Raum Rosenheim im mittleren zweistelligen Bereich. Nach Erkenntnissen des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd ist eine grundsätzliche Gewaltaffinität in der benannten Szene nicht festzustellen. Das regelmäßig provokante Auftreten der Personen führt aber

[1] Von einem Abdruck wurde abgesehen. Die Anlage ist als pdf-Dokument hier einsehbar.
[2] Von einem Abdruck wurde abgesehen. Die Anlage ist als pdf-Dokument hier einsehbar.

insbesondere beim Aufeinandertreffen mit politischen Gegnern immer wieder zu verbalen Auseinandersetzungen, bei welchen grundsätzlich auch mit körperlichen Übergriffen von beiden Seiten zu rechnen ist. Geplante Aktionen zur Verübung von Sachbeschädigungen sind nicht auszuschließen.

Die SPD und die „JUSOS“ als integraler Bestandteil der Partei unterliegen nicht dem Beobachtungsauftrag des BayLfV. Im BayLfV findet jenseits eines Beobachtungsauftrags keine systematische Datenerhebung zu etwaigen Kontakten oder Mitgliedschaften von nicht dem Beobachtungsauftrag unterliegenden Personen oder Gruppierungen zu oder in extremistische Gruppierungen statt.